Deutscher Bundestag 7. Wahlperiode

Drucksache 7/5637

26, 07, 76

Sachgebiet 36

Antrag

des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

zu dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und anderer Gesetze – Drucksachen 7/4599, 7/5423, 7/5610 –

Berichterstatter im Bundestag: Abgeordneter Kleinert Berichterstatter im Bundesrat: Minister Dr. Schwarz

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 252. Sitzung am 23. Juni 1976 beschlossene Gesetz zur Anderung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und anderer Gesetze — Drucksachen 7/4599, 7/5423 — wird nach Maßgabe der in der Anlage zusammengefaßten Beschlüsse geändert.

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung hat der Vermittlungsausschluß beschlossen, daß im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist.

Bonn, den 22. Juli 1976

Der Vermittlungsausschuß

Höcherl

Kleinert

Dr. Schwarz

In Vertretung

Berichterstatter

des Vorsitzenden

Anlage

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und anderer Gesetze

1. Zu Artikel 1 Nr. 1 (§ 2 ZSEG)

Artikel 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

,1. § 2 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung: "Die Entschädigung beträgt für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit 2 Deutsche Mark bis 12 Deutsche Mark."

2. Zu Artikel 2 Nr. 1 (§ 2 EhrRiEG)

In Artikel 2 Nr. 1 werden die Buchstaben b und d wie folgt gefaßt:

- ,b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte "10 Deutsche Mark" durch die Worte "14 Deutsche Mark" ersetzt;
- d) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung: "Die letzte, bereits begonnene Stunde wird voll gerechnet."

3. Zu Artikel 4, § 3 Abs. 1

In Artikel 4 wird in § 3 Abs. 1 das Datum "1. Oktober 1976" durch das Datum "1. Januar 1977" ersetzt.